

NIEDERSCHRIFT

zur Sitzung des Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt
 Sitzung-Nr: 2/XVI. WP
 Sitzungstermin: am Dienstag, dem 23. Januar 2007 von 18:00 Uhr bis 20:30 Uhr
 Sitzungsort: Haus für Bildung und Freizeit, Langenäcker 38

ANWESEND SIND:			
Mitglieder CDU-Fraktion			
1	Ratsfrau	Benecke	
2	Ratsherr	Bohrßen	
3	Ratsherr	Hohenstein	
4	1. stellv. Bürgermeister	Dr. Matthiesen MdL	
5	Ratsherr	Zieseniß	
Mitglieder SPD-Fraktion			
6	Ratsfrau	Baltz	
7	Ratsherr	Dobelmann	
8	Ratsherr	Mientus	ab TOP 3
9	2. stellv. Bürgermeisterin	Scheibe	
Mitglieder FDP-Fraktion			
10	Ratsherr	Schasse	
Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN			
11	Ratsherr	Röver	
Beratende nichtstimmberechtigte Mitglieder			
12	Herr	Becker, R.	
14	Behindertenbeauftragte	Bothe	
16	Herr	Gentemann	
18	Herr	Leinberger-Metz	ab TOP 2
19	Herr	Nolte	
20	Herr	Zurek	
es fehlten entschuldigt			
13	Herr	Becker, W.	
15	Geschäftsführer SGB	Drebes	
17	Frau	Hunte-Grüne	
von der Verwaltung			
21	Fachdienstleiterin	de Veer	
22	Verwaltungsangestellter	Dörries	bis einschl. TOP 5, 18.55 Uhr
23	Fachbereichsleiter	Hettwer	
24	Verwaltungsbeamter	Tadje	
25	Bürgermeister	Zieseniß	bis einschl. TOP 5, 18.55 Uhr
als Gäste			
26	Ratsfrau	Richter	ab TOP 3
27	Ratsherr	Schroth	bis einschl. TOP 12, 19.50 Uhr

TAGESORDNUNG:

Öffentliche Sitzung

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung
2. Pflichtenbelehrung von beratenden Ausschussmitgliedern
3. Einwohnerfragestunde
4. Genehmigung der Niederschrift über die 1. Sitzung/XVI. WP des Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt am 06.12.2006
5. Ergebnisse der Wohnbaulandumfrage - Bericht -
6. Landesraumordnungsprogramm 2006
Vorlage XVI/43
7. Benennung der Entlastungsstraße
Vorlage XVI/48
8. Widmung von Straßen in Wichtringhausen
Vorlage XVI/35
9. Abrechnung des Gehwegausbaus in der Bergstraße
 1. Bildung eines Abrechnungsabschnittes
 2. Aufwandsspaltung
 3. BeitragserlassVorlage XVI/36
10. Erlass einer Satzung über die Benutzung öffentlicher Spiel- und Bolzplätze in der Stadt Barsinghausen
Vorlage XVI/37
11. Haushalt 2007
12. Mitteilungen der Verwaltung
13. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Nichtöffentliche Sitzung:

Öffentliche Sitzung

-
1. **Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung**

Herr Hohenstein eröffnet die Sitzung um 18.00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zu der Tagesordnung werden keine Anmerkungen gemacht.

Beratungsergebnis: zugestimmt
mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Beschlussdarstellung:

Der Ausschuss beschließt die Behandlung der Punkte der vorstehenden Tagesordnung in öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzung.

2. Pflichtenbelehrung von beratenden Ausschussmitgliedern

Herr Bürgermeister Zieseniß belehrt die anwesenden Herren Dirk Nolte, Robert Leinberger-Metz und Malte Zurek, die vom Rat als beratende Mitglieder in den BPU berufen worden sind, über ihre Pflichten als ehrenamtlich tätige Personen nach den Vorschriften der NGO und verpflichtet sie per Handschlag.

3. Einwohnerfragestunde

Frau Erika Höppner, Die Heide 9, spricht die für die Anlieger unzumutbaren Zustände auf dem angrenzenden Bolzplatz bzw. Schulgelände an. Insbesondere freitags abends sei die Lärmbelästigung durch die sich dort aufhaltenden Jugendlichen so unerträglich, dass sie regelmäßig die Polizei rufen müsste. Sie hätte sich bereits mehrfach an die Stadtverwaltung gewandt und durch einen Rechtsanwalt einen Satzungsentwurf übersenden lassen, ohne dass bislang eine Reaktion erfolgt sei.

Herr Hettwer weist dazu auf die unter TOP 10 zu behandelnde Satzung hin, die ein restriktives Einschreiten rechtlich ermöglichen soll.

Frau Seegers-Krückeberg bittet in den Pressebekanntmachungen wegen der Lesbarkeit eine andere Schriftart zu verwenden.

Herr Bürgermeister Zieseniß antwortet, dass es sich bei der Veröffentlichung der Einladung zum BPU um einen Druckfehler gehandelt hat und zukünftig auf die Lesbarkeit geachtet wird.

4. Genehmigung der Niederschrift über die 1. Sitzung/XVI. WP des Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt am 06.12.2006

Beratungsergebnis: zugestimmt
mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Beschlussdarstellung:

Die Niederschrift über die 1. Sitzung des Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt am 06.12.2006 wird ohne Änderungen genehmigt.

5. Ergebnisse der Wohnbaulandumfrage - Bericht -

Herr Dörries berichtet dem Ausschuss nach Auswertung der Fragebögen über die Ergebnisse der Wohnbaulandumfrage. Die vorgestellten Folien werden dem Protokoll beigelegt.

Herr Hettwer dankt Herrn Dörries für die geleistete statistische Auswertung der Fragebögen und die Aufarbeitung der Ergebnisse hinsichtlich der für das weitere Vorgehen zu setzenden Schwerpunkte.

Eine ähnliche ggf. auch weitergehende Befragung ist in absehbarer Zeit beabsichtigt.

Herr Röver schlägt vor, den Bürgern die Fragebögen dann direkt im Bürgerbüro zu überreichen. Dies ist laut Herrn Dörries bei den Zuzügen bereits praktiziert worden. Die Fortgezogenen müssen sich allerdings nicht mehr abmelden, sondern nur noch am neuen Wohnort anmelden. Deshalb kann bei diesem Personenkreis nur eine Übersendung des Fragebogens mit der Post erfolgen.

Herr Mientus erkundigt sich, ob bei der Frage nach den Gründen für die Wahl des Wohnortes auch zwischen den Ortsteilen unterschieden worden ist. Dies wird von Herrn Dörries verneint.

Zu dem hohen Stellenwert der Einkaufsmöglichkeiten in den Ergebnissen fragt Herr Gentemann, ob diesbezüglich auch Aussagen über den Stellenwert der Bereitstellung von kostenfreien Parkmöglichkeiten in Barsinghausen abzulesen sind.

Herr Dörries erläutert gerade in Bezug auf den Einzelhandel die Notwendigkeit einer weitergehenden Untersuchung, um differenzierte Ergebnisse zu erhalten.

Es ist zunächst bewusst eine offene Fragebogengestaltung gewählt worden.

Herr Hettwer ergänzt dazu, dass gerade die Thematik der Parkmöglichkeiten und der Ladenschlusszeiten bereits intensiv in der bereits vorliegenden Stadtmarketinguntersuchung behandelt worden ist.

Herr Schasse bittet darum, der Auswertung auch die Fragebögen beizufügen.

Herr Dr. Matthiesen spricht sich zu dem Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf für eine kurzfristige Nachuntersuchung der Fragebögen aus. Die sich daraus ergebenden Aussagen zu Vor- und Nachteilen der Kinderbetreuungsmöglichkeiten in Barsinghausen wären bei dem weiteren Handeln zu berücksichtigen.

Die benachbarten Kommunen Gehrden und Wennigsen sollten bzgl. der Wohnsitzentscheidung nicht nur als Konkurrenten gesehen werden; mit ihnen sollte vielmehr eine Kooperation angestrebt werden.

Entsprechende Gespräche sind mit den Nachbargemeinden laut Herrn Hettwer bereits geführt worden.

Herr Mientus spricht sich im Falle einer neuen Befragung bei den Zuzügen dafür aus, nur Einwohner zu berücksichtigen, die mindestens 12 Monate in Barsinghausen wohnen.

Herr Dobelmann regt - aufgrund der relativ hohen Zahl der Zuzüge von Wohnorten außerhalb Niedersachsens - an, entsprechende Schwerpunkte auch in der Werbung für Barsinghausen zu setzen.

6. Landesraumordnungsprogramm 2006
Vorlage XVI/43

Frau de Veer führt in die Thematik ein und erläutert die besonders hervorzuhebenden Änderungen des Entwurfs zum Landesraumordnungsprogramms (LROP) 2006, die im wesentlichen eine Zulassung von großflächigen Einzelhandel auch außerhalb von Oberzentren ermöglichen würden.

Herr Hettwer berichtet ergänzend dazu über seine Mitwirkung in einer Arbeitsgruppe des Städtetages, die folgende kritische Anmerkungen zum LROP-Entwurf herausgearbeitet hat:

1. Die Festlegung der neu eingeführten Kategorie der Grundzentren mit mittelzentraler Teilfunktion erfolgt in den regionalen Raumordnungsprogrammen. Entsprechende Einstufungskriterien müssten durch das Land vorgegeben werden, fehlen aber im LROP-Entwurf.
2. Die vorgesehene Aufteilung des Landes in Metropolregionen und ländliche Regionen ist nicht ausreichend, da z.B. die Kategorie gewachsene städtische Region entfallen soll. Die Metropolregion kann keine räumliche Kategorie sein, da sich z.B. die Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen von der Landeshauptstadt bis zum Harz erstreckt, ohne dass der LROP-Entwurf hierfür Differenzierungen enthält.
3. Großflächiger Einzelhandel soll nach dem LROP auch in der Nähe von Großprojekten oder touristischen Einrichtungen zulässig sein. Hinsichtlich dieser generellen Zulässigkeit besteht zumindest noch Diskussionsbedarf.
4. Öffentliche Einrichtungen und Angebote der Daseinsvorsorge für Kinder und Jugendliche sollen auch bei geringer Auslastung möglichst ortsnah vorgehalten werden. Diese Verpflichtung soll den Kommunen ohne Kostenregelung auferlegt werden, obwohl die demografische Entwicklung in vielen Gebieten in eine andere Richtung geht.
5. Weiterhin soll allgemein geregelt werden, dass Siedlungen zum Wald einen Abstand von 100 m zu halten haben. Eine Möglichkeit der Entscheidung im Einzelfall (ggf. unter Beteiligung der Waldbehörde) wäre hier begrüßenswert.

Herr Zurek merkt dazu an, dass es sich um eine Richtlinie handelt und Abweichungen im Einzelfall möglich sein sollen.

Dies wird aber laut Herrn Hettwer nur mit erheblichem Aufwand möglich sein.

Die von der Stadt abzugebende Stellungnahme soll entsprechend um die vorgetragenen Punkte ergänzt werden.

Herr Mientus geht auf die Problematik der durch das LROP vorgenommenen Zentrenaufteilung des Flächenlandes Niedersachsen ein, die natürlich nicht allen Regionen gerecht werden kann. Die Region Hannover ist bemüht im LROP einen Sonderstatus als Ballungsgebiet zu erlangen, was dann aber z. B. nicht für Schaumburg gelten würde. Zum Ausgleich der unterschiedlichen Interessen in Niedersachsen wären eindeutige Regelungen durch den Gesetzgeber wünschenswert.

Herr Dr. Matthiesen berichtet dazu über eine im Landtag gebildete Arbeitsgruppe, die sich mit den im Beteiligungsverfahren vorgebrachten Einwendungen beschäftigt.

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen
--

Beschlussdarstellung:

Der Rat der Stadt Barsinghausen beschließt zum Entwurf des Landesraumordnungsprogramms (LROP) 2006, Änderung und Ergänzung, die unter Pkt. 3 der Sachdarstellung abgedruckte Stellungnahme.

**7. Benennung der Entlastungsstraße
Vorlage XVI/48**

Herr Mientus kritisiert die Benennung für den gesamten Bereich zwischen Einmündung Hannoversche Straße und Stoppstraße. Insbesondere auch für Rettungseinsätze hält er verschiedene Straßennamen zwischen den Kreiseln für wünschenswert.

Herr Zieseniß unterstützt aus feuerwehrtechnischer Sicht differenzierte Straßenbezeichnungen.

Der Ausschuss verständigt sich auf die Bezeichnung „Röntgenstraße“ für den Bereich von der Hannoverschen Straße bis zum Kirchdorfer Kreisel (K4). Für den Streckenbereich vom K4 bis zur Stoppstraße wird die Verwaltung um einen Namensvorschlag bis zur VA-Sitzung gebeten.

Beratungsergebnis: behandelt

Beschlussdarstellung:

1. Die Entlastungsstraße erhält im 2. und 3. Bauabschnitt im Bereich zwischen dem Kreisel an der Hannoverschen Straße und der Einmündung der Stoppstraße die Bezeichnung Röntgenstraße.
2. Der Kreisel der Entlastungsstraße in Kirchdorf wird Kirchdorfer Kreisel genannt.
3. Der Kreisel in Egestorf an der Entlastungsstraße und der L 401 erhält die Bezeichnung Egestorfer Kreisel.

**8. Widmung von Straßen in Wichtringhausen
Vorlage XVI/35**

Es werden keine Anmerkungen gemacht.

Beratungsergebnis: zugestimmt
mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Beschlussdarstellung:

Gemäß § 6 des Niedersächsischen Straßengesetzes in der derzeit gültigen Fassung werden die nachstehenden Verkehrsflächen in der Gemarkung Wichtringhausen mit dem auf die Veröffentlichung folgenden Tag zu Gemeindestraßen gewidmet. Träger der Straßenbaulast ist die Stadt Barsinghausen.

1. Die Straße „An der Diekwiese“, Flur 4, Flurstücke 122/16, 122/18, 122/23, 122/28, 122/33, 122/37, 122/38 und 163/3 (Anlage 1),
2. der Stichweg von der Wichmarstraße zum Kindergarten und der Feuerwehr, Flur 4, Flurstück 160 bis zum Ende der Bebauung.

9. Abrechnung des Gehwegausbaus in der Bergstraße
1. Bildung eines Abrechnungsabschnittes
2. Aufwandsspaltung
3. Beitragserlass
Vorlage XVI/36

Es werden keine Anmerkungen gemacht.

Beratungsergebnis: zugestimmt
mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Beschlussdarstellung:

Zu 1.:

Zur Abrechnung der Kosten für den Gehwegausbau in der Bergstraße zwischen Einmündung Schwarzenknechtstraße und Altenhofstraße wird ein Abrechnungsabschnitt gebildet. Der Abschnitt erstreckt sich auf die südliche Gehwegfläche zwischen der Schwarzenknechtstraße und der Altenhofstraße. Die beiliegende Anlage 1 stellt den Abschnitt grafisch dar und ist Bestandteil des Beschlusses.

Zu 2.:

Nach § 8 der Straßenausbaubeitragssatzung vom 12.07.2005 werden im Wege der Aufwands-spaltung nach Ziffer 5 die Kosten für die Herstellung des Gehweges und nach Ziffer 7 für die Erneuerung der Oberflächenentwässerung erhoben.

Zu 3.:

Auf die Heranziehung des Grundstücks Barsinghausen, Flur 4, Flurstück 131/1, Altenhofstraße 3, zu Straßenausbaubeiträgen wird verzichtet.

10. Erlass einer Satzung über die Benutzung öffentlicher Spiel- und Bolzplätze in der Stadt Barsinghausen
Vorlage XVI/37

Herr Dr. Matthiesen vermisst in dem Satzungsentwurf konkrete Uhrzeiten, in denen die Benutzung erlaubt sein soll.

Herr Hettwer erläutert, dass die Nutzungszeiten von der Verwaltung in Benutzungsordnungen festgelegt werden. Die darüber stehende Spielplatzsatzung soll bei Verstößen gegen diese Ordnungen ein Einschreiten rechtlich ermöglichen.

Die Nachfrage von Herrn Dobelmann, ob diese Satzung dann auch für die Schule in Kirchdorf gelten würde, beantwortet Herr Hettwer. Für den Schulhof gibt es bereits eine Benutzungsordnung und –satzung. Für den angrenzenden Bolzplatz würde dann die zu beschließende

Spielplatzsatzung gelten, so dass ein Einschreiten für den gesamten Bereich möglich wird. Herr Hettwer erwähnt aber auch die Notwendigkeit zur Schaffung von Alternativangeboten für die Jugendlichen. Platzverweise und Betretungsverbote allein bewirken lediglich eine Verlagerung auf andere Orte im Stadtgebiet.

Beratungsergebnis: zugestimmt
mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Beschlussdarstellung:

Die als Anlage beigefügte Satzung über die Benutzung öffentlicher Spiel- und Bolzplätze in der Stadt Barsinghausen wird beschlossen.

Die Satzung tritt am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft.

11. Haushalt 2007

Herr Hettwer weist auf den als Tischvorlage verteilten Antrag der JUBIF GmbH auf Bezuschussung hin.

Herr Dr. Matthiesen vermisst in der Begründung Angaben darüber, ob sich der Zuschussbedarf auf die Recyclingstation oder auf das Kuba an der Egestorfer Straße bezieht.

Die Frage von Herrn Mientus nach dem Mittelansatz für Grunderwerb beantwortet Herr Hettwer. Die Ansätze beziehen sich auf die Fortentwicklung von Wohnbauflächen, auch wenn eine politische Entscheidung über die Priorität der Ausweisungen noch aussteht.

12. Mitteilungen der Verwaltung

Frau de Veer teilt folgendes mit:

1. Die Untere Naturschutzbehörde der Region Hannover hat im Rahmen der Aufstellung des Landschaftsrahmenplanes u.a. eine Kartierung von Feldhamsterbeständen durchgeführt. Dabei sind auch größere Flächen in Barsinghausen betroffen, so dass bei der Aufstellung von B-Plänen in diesen Bereichen artenschutzrechtliche Belange zu berücksichtigen sind. Konkret betrifft dies zur Zeit die im Aufstellungsverfahren befindlichen Pläne in Ostermunzel und für das Biomassekraftwerk Bahlsen. Hier wird eine qualifizierte Kartierung von möglichen Hamstervorkommen in zwei Durchgängen (April und August) notwendig, für die derzeit Angebote von Fachbüros eingeholt werden.
2. Verschiedene Mitteilungen über Baumpflege- und fällarbeiten sowie Neupflanzungen werden dem Protokoll beigefügt.
3. Am 01.01.07 ist eine weitere Novellierung des BauGB in Kraft getreten: das „Gesetz zur Erleichterung von Planungsvorhaben für die Innenentwicklung der Städte“.

Hierdurch wird es bei bestimmten Planverfahren ermöglicht auf die Umweltprüfung zu verzichten und das Verfahren beschleunigt abzuwickeln. Gem. § 13 a BauGB ist dies bei B-Plänen zur Wiedernutzbarmachung von Flächen, der Nachverdichtung oder anderen Maßnahmen der Innenentwicklung möglich, wenn eine zulässige Grundfläche i.S. des § 19(2) BauNVO von 20.000 qm nicht überschritten wird. In diesen Fällen ist auch keine

Kompensation nach Naturschutzrecht vorzusehen. Bei Flächengrößen zwischen 20.000 qm und 70.000 qm muss im Rahmen einer Einzelfallprüfung geklärt werden, ob eine Umweltprüfung erforderlich ist.

Herr Hettwer gibt dem Ausschuss folgende Mitteilungen bekannt:

1. Aufgrund der im Bereich Deisterfreilichtbühne aufgetretenen Orkanschäden wurde mit der Freilichtbühne vereinbart, einen Planungsansatz für Neuanpflanzungen aus Mitteln der Gartenregion anzumelden.
2. Die Deutsche Telekom wird noch dieses Jahr die Restbereiche im Ortsnetz Barsinghausens mit DSL-Leitungen erschließen.
3. Bei der Verwaltung wurde der Ausbau des Mittelfeldweges in Hohenbostel von Leuten angemahnt, die die Straße durchfahren, aber dort nicht wohnen. Eine effektive Sanierung des Spurplattenweges käme einem erstmaligen Ausbau gleich, für den Anliegerbeiträge zu erheben sein werden.
Herr Hettwer schlägt zunächst die Durchführung einer Anliegerversammlung vor.

Der Ausschuss erklärt sich damit einverstanden.

4. Das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie hat mit dem Hinweis auf einen Runderlass des Sozialministeriums um Beteiligung in allen Baugenehmigungsverfahren gebeten, die ehemalige Bergbauflächen betreffen. Nach dem übersandten Kartenmaterial würde die Beteiligungspflicht in nahezu allen Bauantragsverfahren in Barsinghausen bestehen, weshalb eine Klärung durch das Ministerium angestrebt wird.
5. Die Firma Constantin Consult hat eine Verkehrszählung im Bereich Deisterplatz durchführen lassen. Es wurden 3900 Kfz-Bewegungen pro Tag festgestellt, so dass ein Umbau der Straßenoberfläche des Deisterplatzes unumgänglich ist.
6. Der Antrag der CDU/FDP-Gruppe zum Nachtsternverkehr ist für die Ratssitzung nachgereicht worden.
7. Hinsichtlich der geplanten Einrichtung von weiteren Tempo 30 Zonen im Stadtgebiet (Eckerde: Alte Dorfstraße; Landringhausen: Am Deichfeld, Niedernfeldstraße, Am Friedhof; Barsinghausen: Bergstraße) ist zunächst die Regio-Bus zur Stellungnahme aufgefordert worden.
Auf Nachfrage von Frau Baltz nach dem voraussichtlichen Zeitraum bis zur Umsetzung, antwortet Herr Hettwer, dass die Thematik wahrscheinlich im März/April im Ausschuss behandelt werden kann.
8. Auf Regionsebene soll 2007 der Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ durchgeführt werden. Die Teilnahmebedingungen sind von der Region übersandt worden. Anmeldeschluss ist bereits am 02.04.2007.
9. Der Bahnübergang Rottkampweg wird demnächst beschränkt werden. Die entsprechende Kreuzungsvereinbarung zwischen Bahn und Stadt ist abgeschlossen worden.

13. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

1. Herr Leinberger-Metz fragt nach, in welchem Ausschuss die für 2008 geplante Neuauflage des Nahverkehrsprogramms behandelt werden wird.
Die Thematik wird laut Herrn Hettwer im BPU behandelt werden.
2. Herr Mientus erkundigt sich, ob die geplante Zufahrt für das Bauvorhaben der Petrus-Gemeinde zwischenzeitlich geändert worden ist.
Frau de Veer verweist auf den Bebauungsplan, der einer Zufahrt vom Langenäcker nicht entgegensteht. Gleichwohl sei Pastor Feldkamp gebeten worden, sich direkt mit Herrn Mientus in Verbindung zu setzen, was bislang nicht geschehen ist. Frau de Veer wird nochmals mit Pastor Feldkamp sprechen.
3. Auf Nachfrage von Frau Scheibe nach der laut Presseberichten geplanten Aldi-Ansiedlung an der Entlastungsstraße in Egestorf teilt Herr Hettwer mit, dass von Aldi mit der Verwaltung in letzter Zeit keine Gespräche geführt worden sind.

Nichtöffentliche Sitzung:

Herr Hohenstein schließt die Sitzung um 20:30 Uhr.

Hohenstein
Ausschussvorsitz

Hettwer
Fachbereichsleitung

Tadje
Protokollführung